

Ein Liedermacher will in die Politik

Seit Jahren kämpft Linard Bardill gegen die Mächtigen in Graubünden. Nun will er einer von ihnen werden

Seine Musik hat Linard Bardill weit über die Kantonsgrenzen hinaus bekannt gemacht. Erboast über den Baukartell-Skandal, kandidiert er nun als Parteilooser für den Bündner Regierungsrat.

GIAN ANDREA MARTI

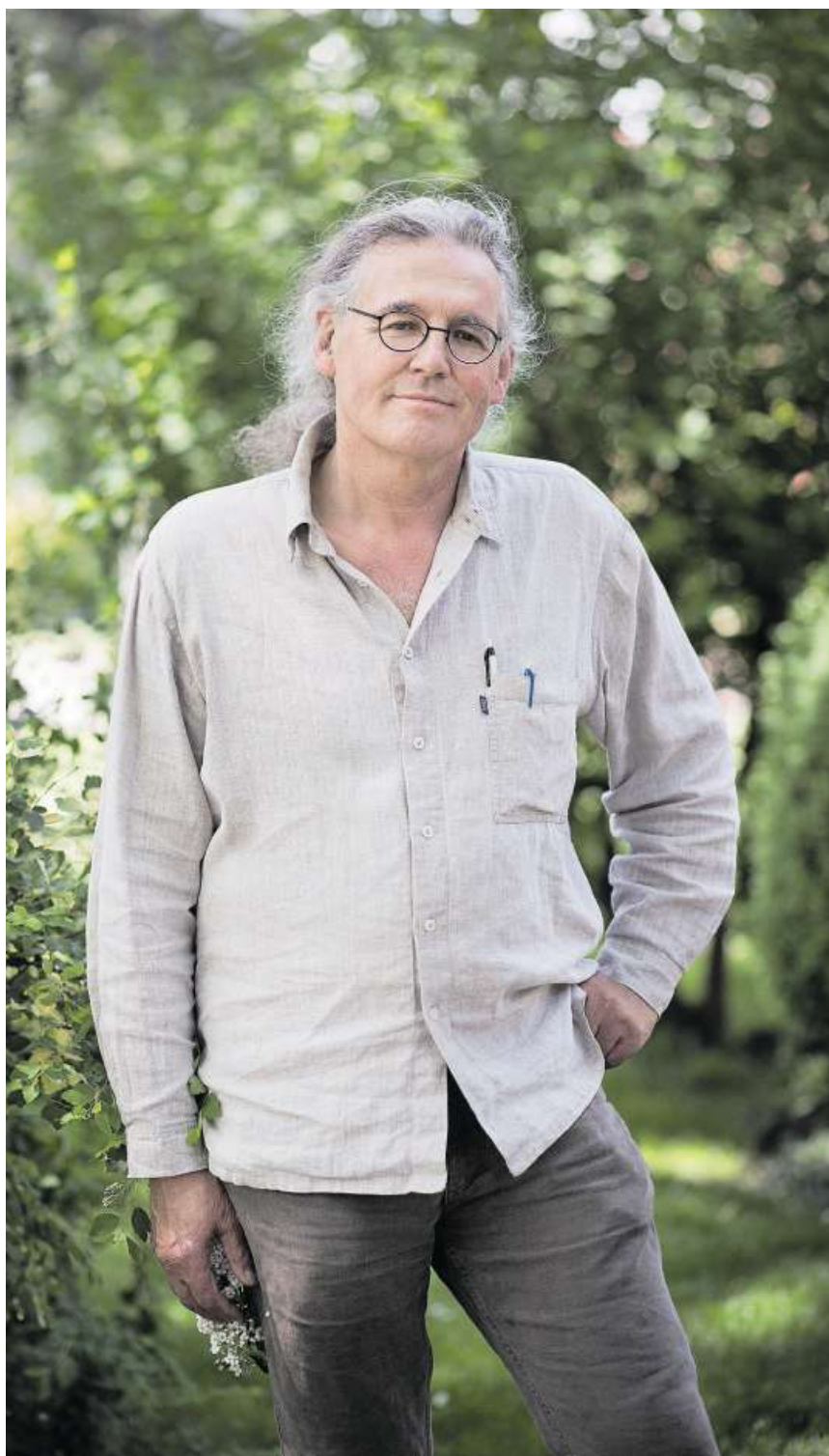
«Ungläubig» – so hätten seine Bekannten reagiert, als am Dienstag bekanntgeworden sei, dass er für die Bündner Regierungsratswahlen am 10. Juni kandidiere, erzählt Linard Bardill. «Als ob einer Kamasutra mit einer Schildkröte praktizieren würde.» Für solche Aussagen ist der 61-Jährige bekannt.

Dass viele das Vorhaben Bardills als Jux ansehen, kann ihnen nicht verübelt werden. Nicht nur kam die Kandidatur des 61-Jährigen völlig überraschend im turbulenten, durch den Baukartell-Skandal aufgewirbelten Bündner Wahlkampf. Auch über politische Erfahrung verfügt Bardill kaum. Vor vier Jahren kandidierte er in seinem Wohnort Scharans im Domleschg zwar für das Amt des Gemeindepräsidenten, «um den dortigen Wahlkampf etwas aufzumischen», wie er sagt. Gewählt wurde er nicht. Dafür wirkte er später in der Ortsplanungskommission der Gemeinde mit.

Politischer Neuanfang gefordert

Schweizweit bekannt wurde Bardill allerdings nicht durch seine politischen Ambitionen, sondern als Komponist und Sänger von Liedern für Kinder und Erwachsene sowie als Schriftsteller. Auf Deutsch und Rätoromanisch tritt er seit den 1980er Jahren sowohl solo als auch mit anderen Künstlern auf. Das 1997 erschienene Werk «Luege, was der Mond so macht» gehört zu seinen grössten Erfolgen und festigte seine Karriere als Liedermacher.

Im Gespräch mit dem politischen Quereinsteiger wird jedoch schnell klar: Bardill meint es mit seinen politischen Ambitionen ernst. Nach dem Skandal um das von der Wettbewerbskommission aufgedeckte Baukartell im Engadin for-



Engagiert und unangepasst ist Linard Bardill seit eh und je.

KARIN HOEFER / NZZ

der er einen Neuanfang in der Bündner Politik. Dafür will er als Parteilooser und von keiner Lobby abhängiger Künstler selbst sorgen. Die politische und moralische Krise in Graubünden habe ihn erschüttert. Nach Gesprächen mit seiner Frau habe er deshalb bei einem Spaziergang aus dem Bauch heraus entschieden, als Regierungsrat zu kandidieren.

Gegen die Kulturpolitik

Dass sich Bardill für politische Anliegen einsetzt und laut seine Meinung äussert, ist nicht neu. So war er nicht nur Erstunterzeichner der Hochmoor- und Alpeninitiative, sondern setzte sich auch für das Nein zum EWR ein, indem er verschiedene Veranstaltungen im Vorfeld der Abstimmung organisierte.

Damals wie heute waren es aber vor allem die Mächtigen in der Bündner Kulturpolitik, gegen die er rebellierte. Damit schuf er sich nicht nur Freunde. Als er 1984 zusammen mit Armon Planta das Lied «Wär isch as wär?», eine Protest-Hymne gegen den damaligen Bündner Kulturminister Otto Largiadèr, schrieb und als Single veröffentlichte, wurde er in seinem Heimatkanton zur Persona non grata. Nachdem er in einer Kolumne der «Bündner Zeitung», der Vorläuferin der «Südostschweiz», als Verbal-Terrorist bezeichnet worden war, liess ihn kaum ein Bündner Lokal noch auftreten. Erst mit einer Liedertour samt Eseln durch das Engadin gelang es ihm wieder, sein Publikum zurückzuerobieren.

Auch danach hielt er mit seiner Meinung nie zurück. Dass von Altersmilde noch keine Spur bei ihm zu erkennen ist, bewies er im Sommer des letzten Jahres, als er Hunderte Menschen gegen die Absetzung des Bündner Kunstmuseumsdirektors Stephan Kunz mobilisierte und den Departementsvorsteher Martin Jäger scharf kritisierte.

Doch egal, ob man ihn lobt oder kritisiert: Für seine Meinung einzustehen, hat er von Kindesbeinen an gelernt. Am Familientisch wurde stets rege diskutiert. Sein Grossvater war Gründungsmitglied der Demokratischen Partei Graubünden und politisierte als deren Vertreter über zwanzig Jahre lang im Kantonsparla-

ment. Auch sein Vater schlug eine politische Laufbahn bei der Demokratischen Partei ein und sass später für die SVP im Grossen Rat.

Dies habe ihn als Kind geprägt, sagt Bardill. Politisch hatte er das Heu aber nicht auf der gleichen Bühne wie sein Vater. Als dieser 1970 die Schwarzenbach-Initiative unterstützte, führte dies zu intensiven Auseinandersetzungen zwischen Vater und Sohn. «Ich war klar gegen diese Initiative», erinnert sich Bardill. «Damals war ich eher anarchistisch unterwegs.» Das sei heute zwar nicht mehr der Fall, mit dem politischen Links-rechts-Schema könne er sich indessen auch heute noch nicht anfreunden.

In Kulturkreisen umstritten

Dieser Hang zur Unangepasstheit zeigte sich auch vor zwei Monaten, als Bardill im Vorfeld einer Veranstaltungsreihe, die er mit dem Verein Kulturkanton Graubünden organisiert hatte, die bisherige Kulturpolitik des Kantons als «Desaster» bezeichnete. In der Folge distanzierte sich die Vereinsleitung klar von Bardill. Wegen seiner drastischen Aussagen wird Bardill auch immer wieder ein Hang zum Populismus vorgeworfen. Bei all der Kritik stösst seine Kandidatur aber auch auf Zustimmung. Zu seinen prominenten Unterstützern gehören etwa der Opernsänger und Festivalmacher Christian Jenny, der Schriftsteller Gion Mathias Cavelti und der Architekt Valerio Olgiate. Sie sehen in Bardill jenen Kandidaten, der dem Bündner Regierungsrat den nötigen Schub verleihen würde.

Sollte Bardill am 10. Juni gewählt werden, wäre sein Wunschdepartement das Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement. Seine politische Unerfahrenheit, die seine Wahlchancen gering erscheinen lässt, sieht er selbst, mehr als Vorteil. Vieles im Kanton müsse neu gedacht werden. Als Kulturschaffender und Vater von fünf Kindern würde er aber für sein Wunschdepartement bestimmt schon einiges an Know-how mitbringen, ist Bardill überzeugt. Er lebe aber ohnehin nach der Devise: «Ein intelligenter Mensch arbeitet sich in jedes Fachgebiet ein.»

Ein Strassenprojekt spaltet den Kanton Luzern

Bund und Kanton wollen die Agglomeration mit einem neuen Autobahnzubringer vom Verkehr entlasten – die Stadt Luzern will davon nichts wissen

ERICH ASCHWANDEN

Der Bypass Luzern ist für den Bund ein zentrales Projekt, um nach dem Gottard einen weiteren Engpass auf der Nord-Süd-Achse zu beseitigen. Für den Kanton Luzern ist das 1,35 Milliarden Franken teure Projekt die Chance, das Zentrum der Region durch eine Stadtautobahn zu entlasten. Die Befriedigung in der Zentralschweiz war daher gross, als Bundesrätin Doris Leuthard Anfang Jahr verkündete, diese Umfahrung sei Teil des nächsten Ausbaus für die Nationalstrassen und damit in vier Jahren baureif.

Stimmung ist gekippt

In der Stadt Luzern hielt sich die Freude allerdings in engen Grenzen. Denn aus Sicht des Bundes gehört zum Bypass zwingend auch die Spange Nord. Das ist eine neue Verbindung zwischen der geplanten Stadtautobahn und der Luzerner Innenstadt, um den Durchgangsverkehr aus dem Zentrum zu verlagern. Aus Sicht der rein bürgerlichen Kantonsregierung Für die rein bürgerliche Kantonsregierung sind die Spange Nord und der Bypass deshalb zwingend miteinander verbunden.

Besonders begeistert über die Verbindungsstrasse, die rund 200 Millionen Franken kosten wird, waren die Stadtbehörden nie. Doch in früheren Stellungnahmen akzeptierten sie, dass die Infrastruktur mit dem Gesamtsystem Bypass/

Spange Nord zum Wohle aller ausgebaut werden soll. In den letzten Wochen und Monaten ist die Stimmung aber endgültig gekippt. Sowohl Stadtregierung wie auch Stadtparlament wollen den Autobahnzubringer verhindern.

Linke gegen neue Strassen

Diese klare Positionierung hat damit zu tun, dass in beiden Gremien Rot-Grün seit 2016 in der Mehrheit ist. Seither haben Vorhaben, die nicht ausschliesslich Fussgängern und Velofahrern dienen, einen sehr schweren Stand. Befeuert haben den Widerstand auch Visualisierungen des Vorprojektes. Sie zeigen, dass der Zubringer zwei Quartiere massiv tangieren wird.

Die erste von zahlreichen Hürden hat das Projekt am Dienstag dennoch genommen. Der Kantonsrat hat einen Planungskredit von 6,5 Millionen Franken mit 80 zu 25 Stimmen bei 3 Enthaltungen bewilligt. Die hitzig geführte Debatte machte deutlich, dass das Thema das politische Klima noch einige Zeit belasten wird. Die Parlamentarier waren am Morgen von Demonstranten mit dem Slogan «Spange Nord ist Quartiermord» empfangen worden. Bereits am vergangenen Wochenende war es zu Protesten gekommen.

Aus Sicht der Linken und der Grünliberalen, die nur in der Stadt Luzern und einigen Agglomerationsgemeinden über politischen Einfluss verfügen, darf der Autobahnzubringer unter keinen Umständen gegen den Widerstand der

direkt Betroffenen gebaut werden. «Der Friede zwischen der Stadt und dem Kanton ist gefährdet», diagnostizierte Claudia Huser Barmettler (glp.). Es handle sich um ein Projekt aus dem vorigen Jahrhundert, das auf Beton statt auf intelligente Verkehrsführung mit digitalen Mitteln setze, lautete der Tenor auf der linken Ratsseite.

Bürgerliche Kantonsräte, unter ihnen auch Exponenten aus der Stadt, kritisierten, dass die Stadt entgegen früheren Aussagen nun auf eine Nulllösung poche. So erklärte der abgewählte Luzerner Stadtpräsident Stefan Roth (cvp): «Nur wenn die verkehrsmässige Anbindung gewährleistet ist, kann die Stadt ihre Rolle als Wirtschaftsmotor weiterspielen.» Die Blockadehaltung der Stadtregierung wurde als extremistisch bezeichnet. Insbesondere Vertreter aus den verkehrsgeplagten Agglomerationsgemeinden aus dem Rontal beklagten sich über die egoistische Haltung der Stadt.

Munition im Wahlkampf

Im kommenden Jahr sind in Luzern Wahlen. Beobachter rechnen damit, dass sich der Gegensatz zwischen der bürgerlich dominierten Landschaft und Agglomeration und der links-grün tickenden Stadt noch einmal verschärfen wird. Der Konflikt um die Spange Nord wird beiden Seiten Munition im Wahlkampf liefern. So hat die SP schon einmal präventiv auf Facebook jene bürgerlichen Par-

lamentarier aus der Stadt Luzern an den Pranger gestellt, die sich für das Projekt aussprechen.

In Beton gegossen ist die Spange Nord trotz dem klaren Entscheid im Kantonsrat aber noch lange nicht. Die zuständige Kommission beauftragte den Regierungsrat nämlich damit, alternative Ideen, wie etwa eine teilweise Untertunnelung oder den Verzicht auf die Spange Nord, zu prüfen. Aus der Sicht

der Linken kommt dies reinen Alibiübungen gleich, die am Projekt letztlich nichts ändern werden. Um das ungeliebte Vorhaben zu bekämpfen, will die SP Mitte Mai eine entsprechende Volksinitiative lancieren. Es ist allerdings fraglich, ob auf diese Weise das kantonale Strassenbauprojekt verhindert werden kann. Der Graben zwischen der Stadt und dem Umland wird durch solche Manöver tiefer werden.

ANZEIGE

„DER WAR DOCH GRAD NOCH
HINTER UNS!“

Why not?

Mit **easyJet plus** gehen Sie auf dem Fast Track durch die Sicherheitskontrolle

Info & AGB: www.easyJet.com

generation
easyJet